



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 113/04/16

*Keine Zukunft vermag gutzumachen, was Du in der Gegenwart versäumst.*

*Albert Schweitzer*

## LK-ÖSTERREICH EINE ÖVP-LOGE

Ein dubioser Verein, für den offensichtlich ein eigenes Vereinsgesetz gilt, als Dachorganisation für Landeslandwirtschaftskammern, die in der Verfassung verankert sind, ist verständlicherweise ein „Sozialpartner“ ohne Ansehen und Gewicht. Verständlich, weil ganz im Gegensatz zu allen Landwirtschaftskammern Vorstand und Vollversammlung dieses Vereins völlig „einfärbig“, sprich ÖVP-schwarz, zusammengesetzt sind. Mit diesem Verein eine gleichwertige, ausgewogene Gesprächsbasis zu allen Parteien und Regierungen aufzubauen ist unmöglich. Und auch das widerspricht eindeutig jenem gesetzlichen Auftrag, den diese Dachorganisation hätte.

Die „LK-Österreich“ ist, wie sie ja auf ihren eigenen Homepages wissen ließ, den anderen Sozialpartnern nicht gleichwertig. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass ihr wirtschaftspolitisches Gewicht bescheiden ist, ebenso wie ihr Ansehen und sie auch in der Öffentlichkeit und den Medien kaum in Erscheinung tritt. Für den Bauernstand ist dies eine mittlere Katastrophe – und keiner ist da der diesen Missstand beseitigt?!

Unter all den Parlamentariern, die alle einen Eid auf die demokratische Verfassung abgelegt haben, regt sich da kein Widerstand? Kein Bemühen diesen ÖVP-Verein in eine Bundeslandwirtschaftskammer zu reformieren und dem Bauernstand eine demokratische Interessenvertretung auf Bundesebene zu geben? Das wäre ein Zeichen dafür, dass die Bäuerinnen und Bauern nicht nur politisch „nützliche Idioten“ sind, die man bei Wahlen braucht und sonst im eigenen Saft schmoren lässt.

Jeder Bäuerin, jedem Bauern müsste klar sein, dass diese, eigentlich unmögliche Dachorganisation, nicht nur das Ansehen des Berufsstandes schmälert, sondern auch das eigene. Ist denn Bäuerin, Bauer zu sein bzw. zu werden noch DER erstrebenswerte Beruf? Ja was hat denn diese ÖVP-PRÄKO für uns alle im Vergleich zu den anderen Interessenvertretungen zuwege gebracht? Was mit den bäuerlichen Betrieben, mit den Bäuerinnen und Bauern geschieht, ist weder gottgewollt noch unabänderlich. Agrarpolitik machen Menschen und auch bei dem was Brüssel vorschreibt wirken österreichische Interessenvertreter – Bauernvertreter – und Minister mit. Auch das sei nicht vergessen.

GENO

## DIE ECHTEN MÄUSEFÄNGER SOLLEN AUSSTERBEN?

Wenn, wie es das Gesetz seit 1. April vorschreibt, auch alle Katzen auf den Bauernhöfen kastriert werden müssen, dann heißt dies, dass sie zum Aussterben verurteilt sind. Haben etwa wieder einmal die bäuerlichen Abgeordneten zum Nationalrat nicht vorher gelesen über was sie abgestimmt haben? Es wäre ja nicht das erste Mal und das ist auch hier mehr als bedenklich und dumm. Bauersleute sind erobert, mit Recht, denn offensichtlich haben die Parlamentarier – wenn sie in Wien sind – keine Ahnung mehr, wie sich das Leben auf den Bauernhöfen abspielt.

In der Aprilnummer von „Blick ins Land“ ist zu lesen, dass sich die Frau Gesundheitsministerin Sabine OBERHAUSER zum Anwalt der Tierschützer machte und diese Änderung in das Gesetz einbrachte. Auch sie bezeugt damit, dass sie keine blasse Ahnung von Katzen auf Bauernhöfen hat, auch nicht, dass junge Katzen zu einem Bauernhof gehören.

Der Gesetzgeber will also, Zuwiderhandelnde werden mit bis zu 4.000 Euro Strafe bedroht, dass die Mäusefänger aussterben und Katzen aus Zuchtbeständen zugekauft werden. Mit zweijähriger Gewährleistung, ob diese auch tatsächlich Mäuse fangen? Ist dies der bitterböse Aprilscherz der Frau Minister OBERHAUSER? Sonst hat sie keine Sorgen?

Man wolle damit die Zahl der ausgesetzten, oder im Tierheim abgegebenen Katzen reduzieren, **„darunter hunderte Tiere von Bauernhöfen“**, so die Tierschützer laut BIL. Nun gibt es ja schon immer Menschen, meist Familien mit Kindern, für die kleine Katzen auf Bauernhöfen etwas Besonderes sind. Da wird dann der Wunsch laut „ich möchte auch eine haben“. Wenn möglich wurde er immer erfüllt, bargeldlos.

Wenn dann, wie davon zu hören ist, etliche dieser Katzen im Tierheim abgegeben, oder bei einer Fahrt ins Grüne ausgesetzt werden, so sind dafür wirklich nicht die Bauersleute verantwortlich. Von Bäuerinnen und Bauern werden garantiert keine Katzen auf diese Art „entsorgt“. Auch von einer Überpopulation am Bauernhof war nie etwas zu hören, aber sehr wohl von Stadtwohnungen, die mit Katzen überbelegt sind. Katzen am Hof sind Haustiere und notwendige, umweltfreundliche Mäusefänger und keine Schoßtiere.

Was bedenklich stimmt ist die Art der Vollziehung dieses Gesetzes auf Bauernhöfen. „An gesonderte Kontrollen sei vorerst nicht gedacht“, heißt es. Besorgen dies etwa besondere Tierschützer, als neugierige Wanderer getarnt, Fotoapparat in der Tasche? Außer an Sonn- und Feiertagen sind ja die Hoftore offen, auch für neugierige Tierschützer, die nur „einen kurzen Blick in den Hof“ werfen wollen, oder einen tieferen, wenn gerade niemand in Sicht ist. Oder ganz scheinheilig fragen, ob das Kind kleine Kätzchen sehen könne.

Müssen die Bäuerinnen und Bauern nun ihre Hoftore „bepflastern“ mit der Aufschrift „Betreten verboten“? Zur Wahrung der Privatsphäre und des Eigentums? Direktvermarkter ab Hof tun sich da sehr schwer. Auch unter ihren Kunden gibt's aggressive Tierschützer, die schnell mit Anzeigen bei der Hand sind, wie Tatsachen beweisen.

Aber wer von den Parlamentariern hat schon Zeit sich über all das Gedanken zu machen. Größere Probleme gab und gibt's ja offensichtlich nicht, da wollen wir wieder einmal die Bäuerinnen und Bauern ärgern, provozieren!

GENO

## MILCHMANIFEST IN WIEN AM 31. MÄRZ

Die IG-Milch präsentierte ein Jahr nach dem Quotenende für Milch in Wien, vor dem EU-Gebäude und dem Raiffeisen-Glaspalast, im Rahmen einer kleinen Demonstration – auch mit Traktoren – ihr „Milchmanifest“. Damit wollte die IGM auf den andauernden Milchpreisverfall nachdrücklich aufmerksam machen. Der TIEFENBACHER Sepp, WEISS Stefan und ich als Obmann des UBV-Salzburg waren mit dabei. Wir haben es nicht bereut daran teilgenommen zu haben. Es war eine tolle Veranstaltung und wir gratulieren den Veranstaltern zu dieser gelungenen Aktion und der damit verbundenen positiven medialen Berichterstattung.

Ein Jahr nach dem „von allen Milchbauern so lange herbeigesehten Quotenende“, so die Aussage von BB-Bauernvertretern, kommt nun auch beim bravsten Bauernbündler die Ernüchterung. Denn es kam so wie es kommen musste, wenn zuviel am Markt ist dann verfällt der Preis, das hat man den Bäuerinnen und Bauern förmlich eingebläut. Dass die Anlieferung steigen wird hat man gewusst und gewollt! Nun erklären diese Bauernfunktionäre, der Ölpreisverfall sei für das Milchfiasco verantwortlich. Dabei ist auch dort ein Überangebot, eine Überproduktion, Ursache für die Preisprobleme.

Nicht einmal ein Mindestmaß an Voraussicht hatten die allein bestimmenden Bauernbundspitzen, als sie auch die prämierte Mutterkuhhaltung wegen acht Euro Betriebsprämie weniger für alle, abschafften. Gerade jetzt hätte es nicht wenige gegeben, die von der Milchkuhhaltung darauf umgestiegen wären. Andere EU-Staaten haben dies gemacht, es war ein nationaler Beschluss. Der UBV hat dies mehrmals sehr deutlich gemacht und den Fortbestand der Mutterkuhprämien gefordert.

Dass ohne Überproduktion respektable Preise zu erzielen sind, zeigt sich im BIO-Milchsektor. Die Preisdifferenz zwischen konventioneller und BIO-Milch war noch nie so groß.

Als Obmann des UBV-Salzburg kann auch ich, wie die vielen anderen Gruppierungen, dieses Milchmanifest nur unterstützen. Denn allein dann ist es leichter Positives, Sinnvolles für unsere unter Existenzdruck geratenen Bäuerinnen und Bauern zu erreichen, umso mehr Gruppierungen sich dafür solidarisch zusammenschließen. Auch wenn der UBV nicht offiziell genannt wurde, wir und etliche andere vom UBV waren dabei, weil solche Initiativen wichtig und sinnvoll sind.

GEORG ESSL

- » „Auf die Frage warum die vom Preisverfall bei Milch und Schweinefleisch betroffenen Landwirte nur 500 Mio. Euro erhalten haben, verwies Agrarkommissar Phil HOGAN darauf, dass aufgrund von Sondereinnahmen im Bereich Landwirtschaft, wie der Superabgabe (880 Mio. Euro 2015), **nicht benötigte Mittel automatisch in den allgemeinen EU-Haushalt zurückfließen**. Für den Gesetzgeber handelt es sich um Geld der EU-Steuerzahler, nicht der Landwirte“. (Interview aus BLW 11.12.2015)
- » **Eine Vollkostenrechnung für Milch sei nicht veröfentlichbar**, so Präsident REISECKER auf der LK-Vollversammlung vom 18.12.2015. Die bayerischen Bauern können das, wie in BLW vom 13.11.2015 auf den Seiten 28+29 detailliert zu lesen ist. **Danach liegen die Vollkosten der 132 untersuchten Betriebe** (von unter 40 bis über 120 Kühe) **im Mittel bei gut 58 Cent je kg Milch**. (Die Gruppe mit 32 Kühen benötigt 62 Cent für die Vollkostendeckung.) Nach Abzug der Nebenerlöse müsste die Verkaufsmilch 44 Cent Erlösen, damit die Vollkostendeckung erreicht wird.
- » „**Seit August 2014 fehlen uns pro Schwein 25 Euro**“, sagt DI Johann SCHLEDERER von der Schweinebörse. „Bei 100.000 Schlachtschweinen pro Woche bedeutet das 2,5 Mio. Euro zu wenig, um die Kosten zu decken.“ – BB-Präsident Jakob AUER verlangte gestern eine AMA-Kontrolle, um Transparenz entlang der Wertschöpfungskette zu schaffen. „Wir wissen nicht wer die Margen einstreift und ahnen nur, dass es der Handel ist.“ (OÖ Nachrichten 20. Feber 2016)
- » „**CETA, das Abkommen zwischen der EU und Kanada** beinhaltet alles, wovor wir bei TTIP warnen. CETA enthält: Klagerechte für Konzerne – öffnet die Tür für Gentechnik, Fracking und dreckige Ölsande – bedroht Umwelt, Sozial- und Lebensmittelstandards – gefährdet öffentliche Dienstleistungen und setzt die Liberalisierung der Finanzmärkte fort, welche in die Finanzkrise geführt hat.“ (INFO ATTAC)
- » Schon im Juli 2013 forderte die Kommission die Republik Österreich auf, **bis Ende 2015 weitere Natura 2000-Gebiete zu nominieren**, weil die bisherigen von Umweltorganisationen und Ökovereinen kritisiert wurden. – Trotz mehrfacher Aufforderung wurde bisher Kärntens Grundeigentümern keine Liste übermittelt, wer von ihnen davon betroffen ist. Landesregierung und Landesrat beteuerten aber, dass es ohne Zustimmung der Grundeigentümer keine weiteren Ausweisungen geben werde. (BLW 19.2.16)
- » In Bezug auf die Patenterteilung auf herkömmliche Pflanzen und Tiere **warn** die „**Produktionsgewerkschaft Pro-Ge**“ **vor der Vormachtstellung der Konzerne und einer weiteren Aushöh**lung der **Ernährungssouveränität**. „Wir als Gewerkschafter treten für ein Agrarsystem ein, das Vielfalt und Wahlfreiheit in den Vordergrund stellt. Kleinbauern müssten selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie Saatgut von Hybridsorten verwenden oder nicht. Wird jetzt in der Agrarpolitik der falsche Weg eingeschlagen, dann gibt es kein Zurück mehr. Das müssen wir uns alle ins Bewusstsein rufen.“ (Aus BLW 26.2.2016)
- » Fünf Jahre nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise ist klar: „**Die Hyperreichen waren die großen Gewinner des Aufschwungs**, auf den der Rest noch immer warten muss. Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen zusammengenommen genauso viel Vermögen, wie die 3,5 Milliarden ärmsten Menschen. Das oberste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über mehr Vermögen, als der Rest der Welt zusammen. Während sich jenes der reichsten 62 in den vergangenen fünf Jahren um 44 % erhöhte, hat sich im selben Zeitraum das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um 41 % verringert, obwohl im selben Zeitraum die Weltbevölkerung um 400 Mio. Menschen gewaschen ist.“ (Bezug auf Analysen des Wealth Reports 2015 der Schweizer Großbank Credit Suisse.)
- » „**Die Gebarung der Bauern-Krankenversicherung** weist 2015 einen Überschuss von 52 Mio. Euro aus. Überschüsse von 16 bis 17 Mio. Euro benötigen wir jährlich zur Abgangsdeckung der bäuerlichen Unfallversicherung. – Ich bin froh, dass es gelungen ist im Rahmen der Steuerreform eine Unterstützung von 15 Mio. Euro pro Jahr für Betriebe mit EW-Steigerungen über 10 % aufgrund der Hauptfeststellung zu erreichen. Diese Finanzmittel werden in Form von Beitragsgutschriften erstmals im 4. Quartal 2018 zur Abfederung der Mehrbelastungen gutgeschrieben, so GD Mag. Franz LEDERMÜLLER.“ (Dies gilt aber nur für Betriebe mit einem EW zwischen 4.400 und 60.000 Euro. Die SVB rechnet mit Mehreinnahmen aus den EW-Erhöhungen um jährlich rund 30 Mio. Euro). – (Aus SVB-Info)

# BURGENLAND:

## NEUES JAGDGESETZ IN VORBEREITUNG

Auch im Burgenland wird an einer Reform des Jagdgesetzes gearbeitet. Fachleute der Landeslandwirtschaftskammer, der Landesregierung und jene aus Forst und Naturschutz sind darin eingebunden. Die Jagd, ein mit der Landwirtschaft ureigen verbundenes Recht – Jagdrecht = Grundrecht – bzw. die Jägerschaft, stehen dabei im Brennpunkt der Öffentlichkeit. Sogenannte „Naturschützer“, erklärte Jagdgegner und extreme Aktivisten denen es um Publizität geht, versuchen ein möglichst negatives Bild über die Jagd in der Öffentlichkeit aufzubauen.

Dabei haben sich die Wildtierbestände im Burgenland massiv nach oben verändert. Die große Zahl an Reh-, Rotwild und Wildschweinen hinterlassen unübersehbare Schadensspuren. Mit der derzeitigen Wildschadenerhebung und -vergütung verläuft jedoch die Schadensabwicklung in durchaus geordneten Bahnen. Die Bauernschaft erwartet, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Jedoch bei den geschützten Wildtieren wie Biber, Saatkrähen und Fischotter müssen entsprechende regulierende Maßnahmen wegen der überhand nehmenden Schäden festgelegt werden, damit die Grundeigentümer nicht allein die beträchtlich angewachsenen Schäden schultern müssen.

## HARTNÄCKIGKEIT ZAHLT SICH AUS

Vor einem Jahr schien für die südburgenländische Weinidylle, durch das Verbot der Uhdlerdirektträger, die Welt in sich zusammenzubrechen. Denn laut EU-Richtlinie sind diese Uhdlerarten nur noch bis zum Jahr 2030 zu verarbeiten erlaubt. Nun überschlugen sich im jüngsten burgenländischen Landtags-Wahlkampf alle politischen Parteien förmlich darin, verschiedenste, auch sehr kuriose Lösungsansätze betreffend das Uhdlerproblem zu bringen. Wegen der dadurch erhofften Rettung dieser weinbaulichen Besonderheit, die UBZ hat schon früher darüber berichtet, hatten einige Winzer diese Uhdlerarten ausgepflanzt. Sie alle erhielten von der Behörde Rodungsbescheide und Verwaltungsstrafen aufgebremst. Die sie jedoch beim burgenländischen Landesverwaltungsgericht beanspruchten. Daraufhin wurden diese vorerst ausgesetzt.

Ein in Auftrag gegebenes Gutachten der renommierten deutschen „Hochschule Geisenheim“ besagt nun, dass die Sorten DELAWARE, CONCORD und ELVIRA erbliche Anteile und eine Verwandtschaft mit der Edelsorte VITIS VINIFERA haben, einer Traubensorte, die nach EU-Recht **NICHT verboten ist**. Mit dieser Feststellung gelten die Rodungsbescheide als aufgehoben. Wozu nur noch zu sagen ist, „diese Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt“! Im übrigen Bereich Landwirtschaft ist diese schon lange verloren gegangen, fehlt sie eklatant.

## AM WEINMARKT NICHTS NEUES

Leider ist am Weinmarkt, insbesondere betreffend den ROTEN Fasswein gar keine Änderung zum Positiven in Sicht. Am Weißweissektor sind Nachfrage und Preis stabil, beim Roten beide im Keller. Zu allem Überfluss fallen die kleinen Selbstvermarkter nun auch noch in die Registriertkassenpflicht. Dies führt zweifelsfrei zu einer neuerlichen Beschleunigung des „Strukturwandels“, des Bauernsterbens, wiewohl tagaus-tagein vom unbedingt notwendigen Erhalt auch dieser kleineren bäuerlichen Betriebe zu hören ist.

## TTIP IST NICHT „UNVERZICHTBAR“ !

Wann immer die Rede auf TTIP kommt, beruft sich Kammerpräsident HAUTZINGER auf ein Gespräch mit „aufgeschlossenen bayerischen Jungbauern“ auf der heurigen Grünen Woche in Berlin, nach deren Aussage man „keinesfalls auf TTIP verzichten könne“. Ja sind denn solche Aussagen überhaupt absolut ernst zu nehmen? Waren dies etwa hochangesehene Experten in Sachen Freihandel? Würde es denn etwa der Herr Präsident völlig ernst nehmen, wenn eine Gruppe junger Hoferben zu ihm auf die Kammer käme und sagte, „so könne es nicht weitergehen, man müsse Vieles ganz anders machen“?

Nun, inzwischen dürfte auch den burgenländischen Agrarpolitikern die von TTIP, diesem „globalen“ Freihandelsabkommen, ausgehenden Gefahren bewusst werden. – „**Offene Märkte können eine Chance darstellen, aber dennoch müssen unsere bestehenden Lebensmittel – Produktionsmittel und unsere Sozialstandards sichergestellt sein und zwar ohne Wenn und Aber**“, erklärten die Frau Agrarlandesrätin DUNST und LK-Präsident HAUTZINGER unisono. Und weiter: „Die EU (das sind doch auch unsere Vertreter dort) müssen von den Mitgliedsstaaten bezüglich TTIP-Abkommen in die Pflicht genommen werden“, so beide Agrar-Spitzenfunktionäre. – An wen wenden sich eigentlich die beiden? An den Bundeskanzler, den Minister RUPPRECHTER, an Handelsminister MITTERLEHNER, an unseren Außenminister, oder etwa auch an den Präsidenten der LK-Österreich NR SCHULTES, oder die graue Eminenz BB-Präsident NR Jakob AUER? Oder will man damit ohnehin nur der großteils immer noch BB-gläubigen Bauernschaft, den „notwendigen“ Sand in die Augen streuen?

FRITZ MEIXNER

## STEIERMARK:

### „STEIRERFRUCHT“ MUSS ERHALTEN BLEIBEN!

Der Obstlager- und Distributionsbetrieb „Steirerfrucht“ muss für die steirische Obstwirtschaft erhalten bleiben. Für den Zerfall der „Steirerfrucht“ können die schuldlosen Bauern nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sollte dieser Betrieb in fremde Hände gelangen, sind auch die Fördergelder der Bauern, die von der EU an die OPST (Obst-Partner-Steiermark) geflossen sind, verloren.

Für mich ist nach wie vor unerklärlich, dass ein Konzern wie Raiffeisen als Eigentümer, die „Steirerfrucht“ in eine so katastrophale wirtschaftliche Situation kommen lässt und sich dann mit dem Argument rechtfertigt: „Schuld an dieser wirtschaftlichen Misere sei die Russlandkrise“. In Wahrheit führte nämlich die jahrelange falsche Unternehmenspolitik zu diesem Desaster. Aufgrund schlechter Auszahlungspreise wanderten zunehmend heimische Obstbauern ab, bei denen „Steirerfrucht“ die Äpfel auf Kommission gelagert hatte. Um die überdimensionale – großmannsüchtige – Verarbeitungsanlage auszulasten, wurden überdies Äpfel zu Fixpreisen in Polen eingekauft, die man aber dann zum Teil billiger am Markt verkaufen musste.

Leider ist daher davon auszugehen, dass der Schaden für diesen Vermarktungsbetrieb und für dessen Mitglieder sehr groß ist. „Steirerfrucht“ hat als Vermarkter mit den Leistungen moderne Lagerung, Sortierung und Verpackungslogistik nicht nur gut produzierende Betriebe verloren, sondern darüber hinaus auch jene Vertragspartner, die mit Ware beliefert wurden.

Ich persönlich hoffe, dass nicht am Ende des Tages die steirische Obstbauwirtschaft das Nachsehen hat und die Zeche für das Missmanagement zahlen muss. Abschließend ist noch festzuhalten, dass viele Geschäftsführer, Aufsichtsräte und Kontrollorgane, meiner Meinung nach, „nicht immer mit einem glücklichen Händchen agiert haben“. – Und die Chefetage des Großkonzerns Raiffeisen hat bei all dem nur zugeschaut, nicht eingegriffen?

### FORSTSTRASSEN FÜR MOUNTAINBIKER FREIGEBEN?

Gerade in den letzten Tagen gelangen wieder intensiv vorgetragene Forderungen seitens der Touristiker nach „genereller Öffnung“ der Forststraßen und deren uneingeschränkte Benützung durch Mountainbiker, auf den Tisch der Bauern. Es ist schon spannend, aber auch erschreckend und abenteuerlich, wie vereinnahmend man auf das Eigentum anderer zugreifen möchte. So ganz ohne Genierer!

Forststraßen sind, das sollte eigentlich allein schon der Name zum Ausruck bringen, Wirtschaftswege zum Zwecke der Waldbewirtschaftung. Nur solch eine ist Garant dafür, dass der Wald seine vielfältigen Funktionen auch erfüllen kann. Diese sind insbesondere dessen Holznutzung, seine Schutzfunktion für Boden, Wasserhaushalt, Klima, für Immissionen (Luftreinigung), seine Erholungsfunktion und diverse Sonderfunktionen hinsichtlich Katastrophen-, Landschafts- und Naturschutz.

Die Forderung nach einer GENERELLEN – uneingeschränkten – Öffnung der Forststraßen ist deshalb eindeutig zurückzuweisen. Worüber man nachdenken kann ist, ob man das Biken im Wald unter „Einhaltung ganz bestimmter Spielregeln bis auf Widerruf“ erlauben könnte. Solche Verhaltens-

regeln können jedoch nur im Einvernehmen mit den betreffenden Waldbesitzern vereinbart werden. Konkret sind dazu die Interessenten gefordert. Weil es hierbei um die Benützung von Privateigentum geht, bedarf es auch einer entsprechenden Entschädigung. Darüber hinaus einer eigenen Versicherung der Biker für allfällige Unfälle, denn derzeit haftet im Falle eines Schadens immer der Grundeigentümer, egal ob bei erlaubter oder unerlaubter – illegaler – Nutzung. Allein diese Tatsache zeigt nur einen Teil der gesamten Problematik auf.

Der oft gebrachte Hinweis auf öffentliche Zuwendungen für den Bau von Forststraßen, hat aus mehrerlei Gründen keine Gültigkeit. Zum einen wurden viele Forststraßen völlig ohne jedwede öffentliche Finanzzuwendungen errichtet. Zum anderen gilt grundsätzlich, dass niemand das Recht zur Nutzung privaten Eigentums hat, sei dies bei Wohnungen, Häusern oder sonstigen durch die öffentliche Hand geförderten Werten.

HANS HERBST

## ÄRMEL RAUFGEKREMPelt, LOS GEHT'S!

Nach einem erfolgreichen Wahlausgang am 31. Jänner dieses Jahres, haben wir uns zwischenzeitlich neu strukturiert und ausgerichtet. Darüber hinaus haben wir begonnen die personelle und organisatorische Aufbauarbeit zu beschleunigen. Ganz nach dem Motto: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“.

In der Landeskammer hat sich nun unser „Glücks-Kleeblatt“, manche Wohlgesinnte bezeichnen uns auch als die „vier Musketiere“, folgende Arbeitsteilung vorgenommen:

**LKR Johann ILSINGER:** Mitglied im Kontrollausschuss, im Tierzucht-, Bergbauern-, im Natur-, Umwelt- und Energie-Ausschuss sowie kooptiertes Mitglied im milchwirtschaftlichen Beirat der Kammer.

**LKR Hans HERBST:** Mitglied im Haupt-Ausschuss sowie im Wein-, Obst- und Gartenbau-Ausschuss.

**LKR Mag. Gehard MARIACHER:** Mitglied im Forst-Ausschuss sowie in jenen für Agrar- und Sozialpolitik sowie für Bildung, Beratung und Kultur. Weiters ist er im Beirat für Betriebswirtschaft und Förderung und kooptiertes Mitglied im Marketingbeirat.

**LKR Ing. Martin BRAUCHART:** Mitglied im Pflanzenbau-Ausschuss und im Ausschuss für biologische Landwirtschaft.

JOHANN ILSINGER

## AUS DER KAMMervOLLVERSAMMLUNG VOM 15.4.2016

In diese Vollversammlung, die von 13 bis 16.30 Uhr dauerte, hat die UBV-Fraktion sechs Anträge eingebracht, die allesamt dem „Agrarpolitischen Ausschuss“ zur weiteren Behandlung zugewiesen wurden. Der Bauernbund hatte eine neun Punkte umfassende Resoluition eingebracht, mit inhaltlich ähnlichen Forderungen, die ebenso an den „Agrarpolitischen“ weitergereicht wurde. Die UBV-Anträge lauten wie folgt:

» **„Sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen.“** Die Sanktionen gegen Russland sind ein Politikum, das über Druck der USA der EU aufgezwungen wurde. Daher sind diese Sanktionen sofort zu stoppen. Österreich ist ein neutrales Land, das seine Neutralität auch leben sollte. Es ist ein Treppenwitz wenn man solche Sanktionen ausspricht und der „Anstifter“ dieser, nachweislich der Nutznießer davon ist, wie die USA-Handelsbilanz diesbezüglich aufzeigt. Die Europäer zahlen die Zeche und Österreichs Landwirtschaft kostet dieser Russland-Boycott jährlich 150 Mio. Euro laut Information des Lebensministeriums.

» **„Pauschalierung und Einheitswerte“:** Grundsätzlich braucht es hier einen Neustart. Mit dem Hinweis „es müsse eine Neubewertung der Einheitswerte her, weil sonst die Pauschalierung fallen würde“, hat man auf politischer Ebene die nunmehrige neue Einheitswertfeststellung beschlossen. Es war dies ein „Kuhhandel“ zwischen SPÖ und ÖVP, den für die Bauernschaft der mit absoluter Vollmacht ausgestattete BB-Präsident NR Jakob AUER zu verantworten hat.

Das Ziel war, wie man hörte, dass die Landwirtschaft um 10 % mehr an Steuern zu bezahlen hat. Die Steuerleistung bei pauschalierten Betrieben baut laut geltendem Gesetz auf die Grundlage des 18-fachen Reinertrages auf. Die neuen Einheitswerte tun dies nicht. Sie sind das Ergebnis einer POLITISCHEN Entscheidung auf Regierungsebene. Obwohl die Landwirtschaft laut „Grüner Berichte“ in den letzten vier Jahren stets ein Einkommensminus für die Bauern ausweist, sollen

diese mehr Steuern zahlen. Dies ist nicht tolerierbar, weil allgemein die Höhe des Einkommens für die Berechnung der Steuern und Abgaben maßgeblich ist. Daher fordert der UBV eine Neuverhandlung des Steueransatzes.

- » **„Instrumente zur Steuerung von Mengen-Obergrenzen** bei der agrarischen Produktion in der EU.“ – Ein Markt ohne (Spiel)Regeln ist kein Markt, denn er öffnet jedweder Spekulation Tür und Tor. Der Milchmarkt, der Schweinemarkt und der Obstmarkt laufen derzeit innerhalb der EU völlig aus dem Ruder, gefährdet abertausende bäuerliche Betriebe. Es braucht, wie die Gegenwart zeigt, Regelungen für die Marktbergrenzen. Geht alles so weiter wie bisher, werden systematisch bäuerliche Existenzen, insbesondere in Österreich demoliert. Daher muss man (als Bauernvertreter) entsprechend wirksame Regelungen auf EU-Ebene einfordern und aufhören – in vorausgehendem Gehorsam – bestehende Schranken niederzureißen.
- » **„STOPP der TTIP-Verhandlungen ohne Transparenz!** Kein Freihandel, egal ob TTIP oder CETA, für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion.“ Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die großen US-Konzerne mittels TTIP – gleichsam durch die Hintertür die europäische, von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Landwirtschaft „abmontieren“ bzw. durch einen unfairen Wettbewerb völlig aus dem Markt hinausdrängen wollen. **So gesehen ist TTIP keine Chance für Europas Landwirtschaft, sondern für diese brandgefährlich.** Deshalb ist TTIP in dieser Form, für die Landwirtschaft kategorisch abzulehnen.
- » **„STOPP der Verordnung Regionalprogramm Graz/Bad Radkersburg.“** – Die Basis für diese Verordnung, die kurz vor der jüngsten Landtagswahl erlassen wurde, ist eine als unsachlich zu bezeichnende Studie mit einseitigen Annahmen und politisch motiviert. Ihre Umsetzung bringt für die Landwirtschaft schwere Bewirtschaftungserschwernisse ohne jedwede Entschädigung. Daher muss es heißen „zurück zum Start“ und die „alte“ Verordnung, welche nachweislich viele Verbesserungen bei Grundwasser brachte, ist wieder zu installieren. Eine gewünschte Neubewertung ist mit NEUTRALEN Gutachtern zu erstellen. Das heißt, die jüngste vorliegende Fassung ist ein reines Politikum am Rücken der Bauernschaft. Es ist überdies höchst unverständlich und eigenartig, dass weder die Landwirtschaftskammer noch das Agrarressort beim Land imstande oder willens waren, diese keineswegs sachbezogene Verordnung zu stoppen. Der UBV tritt für einen sachlich erstellten gesamtsteirischen Wasserwirtschaftsplan ein.
- » **„Schadenersatz für (faktische) Enteignung durch Auflösung der Milchquote.“** – Der UBV fordert im Interesse der Milchbauern eine faire Entschädigung der bisherigen, betriebseigenen Milchquote zu 75 Prozent, wobei die Berechnungsbasis dafür der Zeitraum 2011 bis 2014 als betriebliche Durchschnittsquote gelten soll. Nicht nur nach Auffassung des UBV kommt der entschädigungslose Verfall der Milchquoten einer stillen Enteignung und schweren finanziellen Schädigung der Milchbauern gleich.

MAG. GERHARD MARIACHER

## SALZBURG:

### IST ENDLICH EINSICHT EINGEKEHRT?

„**Kampf dem Bauernsterben**“ lautete das Motto beim Treffen des österreichischen Bundesbauernrates am 13. März dieses Jahres in Mondsee. So die Meldung in Radio Salzburg am betreffenden Sonntagmorgen. Da kann man ja nur mehr den Kopf schütteln und glauben sich verhöhrt zu haben. Plötzlich sehen unsere ÖVP/BB-Spitzenvertreter im Bauernsterben ein Problem? Aber da hieß es doch in den schier endlosen Diskussionen zu diesem Thema immer vonseiten dieser Herrschaften, dass wir vom UBV eben Schwarzmalerei seien. Das von uns angeprangerte Bauernsterben nur ein ganz normaler, keineswegs beunruhigender „Strukturwandel“ sei. Sollte etwa in der Bauernbundspitze spät aber doch die Erleuchtung eingeleuchtet sein? Die Einsicht, dass jedes Unternehmen Bauernhof das schließen muss, auch die Kleinen, welche zum Beispiel die Wirtschaftskammer (der Wirtschaftsbund der ÖVP) besonders fördert, eines zu viel ist? Dort unwiederbringliche Arbeitsplätze verloren gehen? Hat dies die Bauernbundspitze wirklich nicht mitgekriegt? Ein überlieferter Spruch der unverbesserten Optimisten lautet: „Jedoch die Hoffnung stirbt zuletzt“! Allein, nach all meiner langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich muss ich sagen „mir fehlt der Glaube daran“. – Aber es wäre mir keineswegs unangenehm sollte ich mich diesmal irren.

## „ABSCHAFFUNG DER QUOTE KEIN PROBLEM“

Noch im Herbst vorigen Jahres hieß es bei sämtlichen Bauernbund-Veranstaltungen, Kammersitzungen, aber auch bei Molkereiveranstaltungen: „Die Abschaffung der Milchquote ist kein Problem.“ Noch im Herbst verkündete unser LK-Präsident, dass die Schwarzmalter vom UBV wieder einmal(!) nicht Recht hatten. Dabei schien der Herr Präsident unsere UBV-Wahlveranstaltung vom Jänner 2015 in Seekirchen vergessen zu haben, wo wir uns über sein unangemeldetes Erscheinen freuen durften. Dort war nämlich der Vorsitzende des EMB (European Milk Board), Romuald SCHABER, unser Gastredner der damals erklärte, **dass der Bauernmilchpreis nicht quasi über Nacht verfallen, sondern erst nach etwa einem halben Jahr kontinuierlich, aber dann rapid absinken würde.** Obwohl es mir als Mitbetroffenem natürlich auch lieber gewesen wäre wenn wir Schwarzmalter nicht Recht gehabt hätten, ist es doch leider genauso gekommen wie damals Romuald SCHABER voraussagte.

Nicht Recht hatte die Bauernbundführung, die trotz vieler Warnungen mit „einem grenzenlos aufnahmefähigen Markt“ den Milchbauern den Quotenausstieg schmackhaft machte und sie ohne jedwede Übergangsregelung dem freien Markt überließ. Geradezu verantwortungslos war es von den Verantwortlichen, dass sie mit ihren falschen Prognosen und Meldungen die Milchbauern regelrecht aufforderten MEHR zu erzeugen. Es war die Bauernbundführung die den Bauern erklärte, dass es völlig egal sei wieviel Milch sie in Österreich produziere, weil der Österreichanteil ohnehin nur ca. zwei Prozent der EU-Gesamtmenge betrage.

Zur Überlieferung ein Zahlenspiel von Walter STADELOBER aus der Steiermark, ausgehend von drei Millionen Tonnen Anlieferungsmilch in Österreich: Bei einer Mehranlieferung von nur einem Prozent sind das 30.000 Tonnen oder ca. 1200 Tankwagenzüge. Bei einer Mehranlieferung um vier Prozent (wie gehabt) sind das dann schon 4800 Tankwagenzüge, ohne Zwischenabstand aneinandergereiht, eine Länge Salzburg bis fast nach Linz. Das ist doch schon beachtlich, selbst im kleinen Land Österreich!

Und es war die Bauernbundführung, die geradezu aberwitzige Meldungen machte, wie: „die Molkereien sind gerüstet, der Markt ist aufnahmefähig, die Bauern sollten nur produzieren!“ Geredeso als würde die ganze Welt auf unsere Milch warten.

### Jammern mit Butter am Kopf!

Derzeit gerade noch 27 Cent netto, Tendenz fallend und kein Ende in Sicht. – Nun, nach einem Jahr „freier Markt ohne Regeln“ kommt das große Jammern. Gerade jene BB-Spitzenfunktionäre, welche den Freien Markt so vergöttert haben, beklagen plötzlich billige Milch-Massenprodukte aus dem „EU-Ausland“ (Freier Warenverkehr ein EU-Grundprinzip), die **unsere** hochwertigen Erzeugnisse aus dem Markt drängen und damit just die heimischen bäuerlichen Betriebe in schwerste Existenznöte bringen.

Aber kein Wort wird darüber verloren, dass unsere 50 Prozent Überschussmilch, die laut Statistik durch Importe zustande kommen, welche wir in andere Länder billig exportieren (müssen), den dortigen Milchbauern auch nicht gerade das Leben leichter machen.

### So sehen die „Exportertfolge“ aus!

**15 Cent für das Kilo Vollmilch nach Italien, oder 1,70 Euro für das Kilo Käse**, wofür man ca. 20 Liter Milch benötigt. So sehen die derzeitigen „Exportertfolge“ unserer Molkereien aus. Wer soll das bezahlen? Wer verantwortet das? Das ist kein unvorhersehbarer Schicksalsschlag und keineswegs die alleinige Folge des Russlandembargos.

In Südtirol rumort es unter den Milchbauern wegen der österreichischen Milchimporte. Die Befürchtungen des Geschäftsführers der „Alpenmilch Salzburg“ gehen so weit, dass es im Sommer zu einem Exportstopp nach Italien kommen könnte. – Guat schau ma aus!

## AUS DER LK-VOLLVERSAMMLUNG

Die letzte Vollversammlung der LK-Salzburg fand im Feber statt. Hauptthema war der, für den Bauernbund völlig unerwartete Milchpreisverfall. Plötzlich haben auch die BB-Kammerräte bemerkt, dass es Russlandsanktionen gibt. Ihrer Meinung sei dies aber nicht vorhersehbar gewesen. Dennoch war die einhellige Meinung von Präsident NR ESSL und seiner Mannen, dass es auch weiterhin nichts bringe weniger Milch zu erzeugen, weil wir dadurch nur Marktanteile verlieren würden. Also

weiter so wie bisher, auch wenn der Bauernmilchpreis, wie da und dort schon angekündigt, schon bald auf unter 20 Cent sinkt?

Da stellt sich für mich als UBV-Obmann – und sicherlich auch für viele Milchbauern – schon die grundsätzliche Frage: „**Ja wollen wir, können wir denn überhaupt bei einem Bauernmilchpreis von 15 Cent noch mitmischen?**“ Ich beantworte diese Frage mit einem eindeutigen NEIN, ganz ohne Wenn und Aber.

**Der Obmann der Tauernmilch** vertrat in der Vollversammlung sogar die Meinung, dass wir die Milchmenge nicht reduzieren sollten. Seiner Meinung nach wäre es besser „den Karren an die Wand zu fahren“, wie er wörtlich sagte. Denn dann müsse es wohl wieder aufwärts gehen. Auf meine Frage ob er bei Hochwasser auch die Haustüre öffnen würde, damit das Haus schneller absäuft, antwortete er nur mit einem Achselzucken.

## Russlandsanktionen seit 1.8.2014

Es ist gut sich daran zu erinnern, am 1. August 2014 traten die Russlandsanktionen in Kraft, denen die Gegenmaßnahmen Russlands auf dem Fuß folgten. 33 % des EU-Käseexportes gingen vorher nach Russland, zu durchaus befriedigenden Preisen wie zu hören war. Aber keinem einzigen der Maßgeblichen der EU in Brüssel, die doch ausschließlich zum Wohl ihrer Bürger tätig sein sollen, kam die Idee, dass es unverantwortlich ist unter diesen schwierigen Bedingungen/Voraussetzungen die Milchquote aufzulassen, weil ansonsten damit der Markt völlig aus dem Gleichgewicht gerät. Hat dies alles nicht den Anschein als ob es so gewollt sei? Manche sagen ja ganz unverblümt, dass ihnen diese bäuerliche Landwirtschaft ein Dorn im Auge ist.

Einzelne Molkereien kämpfen mit einer Mehranlieferung von Milch bis zu 20 Prozent. Aber deren Vertreter sagen auch heute noch allesamt: „DAS war für niemanden voraussehbar!“ Oh Herr vergib ihnen nicht, denn sie wissen genau was sie tun!

Denn auf der Welser Internationalen Messe im Herbst 2012 hieß der Hauptreferent Leopold KIRNER, Ansprechpartner für unsere Agrarelite in punkto Agrarfragen und Agrarprobleme. Seine eindeutige Aussage damals war: „Die österreichischen Milchbauern sind ohne größere Investitionen und ohne größere Bestandsaufstockung in der Lage, in kürzester Zeit um 20 Prozent mehr Milch anzuliefern“. Nach seiner Rede wurde KIRNER mit viel Applaus verabschiedet. So viel zum Argument: „Das konnten wir ja nicht wissen!“

## LK-ÖSTERREICH WIDERSPRICHT LEBENSMINISTER

Laut Oberösterreichs LK-Präsident Ing. REISECKER ist Glyphosat (bei Direktsaat in Winterbegrünung) im Ackerbau unverzichtbar. Das kommt für mich wenig überraschend wenn ich in die BB-Zeitung schaue, in der seitenweise Einschaltungen von allen Spritzmittelfirmen zu finden sind. Man möchte ja kaum glauben wieviele es von denen gibt. Da scheint es nebensächlich zu sein, wenn vielfach giftige Rückstände festgestellt werden. Geld, Geschäft, Gewinn haben in einer heutzutage vordringlich auf Ökonomie ausgerichteten Wirtschaft einen enormen Stellenwert.

Natürlich ist dann alles unbedenklich, auch wenn – wie zu lesen war – bei einem hohen Anteil der deutschen Bevölkerung Glyphosat im Urin festgestellt worden sei. Natürlich haben dann Studien, die vom Produzenten in Auftrag gegeben wurden ihren ganz besonderen Stellenwert. Auch mit „Studien“ wird viel Missbrauch getrieben.

GEORG ESSL

## Die Kirche im Dorf lassen

Das Problem hierbei ist vielfach, dass auf der einen Seite übertrieben und auf der anderen etliches verschwiegen wird. Glyphosat in die Abreife von Feldfrüchten zu spritzen ist unverantwortlich, ohne Frage. Bleibt die Frage warum man hier vielfach weggeschaut und nicht ein absolutes NEIN ausgesprochen hat. Um die Direktsaat nach Winterbegrünung zu ermöglichen, was im Sinn von Nachhaltigkeit und Umwelt liegt, (Abschleimmungen auch bei Starkregen minimieren), ist Glyphosat derzeit ohne Alternative und deshalb bei sachgemäßer Anwendung ebenso unverzichtbar im Ackerbau, wie auch zu verantworten. Es ist hier wie in der Humanmedizin, wo unsachgemäße „Anwendung“ zu schweren Schädigungen führt. Man sollte auch hier die Kirche im Dorf lassen, wissend, dass es überall schwarze Schafe, egoistische Schlawiner gibt, die nicht nur negative Schlagzeilen verursachen, sondern einen ganzen Berufsstand in Misskredit bringen.

GERHARD NOWOTNY ALS ACKERBAUER

# NIEDERÖSTERREICH:

## WENN DAS STIMMT...

...was das „Wirtschaftsblatt“ geschrieben hat (über die Abstimmung im Parlament), dann haben uns die Parteibauernvertreter bewusst belogen. – Denn SIE reden davon, wie sehr sie sich dafür einsetzen die ausufernde Bürokratie in der Landwirtschaft zurückzufahren – wovon man noch gar nichts merkt – und stimmen dann im Nationalrat einer noch stärkeren Überwachung und Enteignung zu.

## DIE LEUT' STÄNDIG ZUM NARREN HALTEN

Da steht in der Kammerzeitung „Die Landwirtschaft“ vom April 2016 auf Seite 8 unter „LK-aktuell“ ein Bericht mit der Überschrift **„Direktvermarkter fordern praxistaugliche Rahmenbedingungen“**. Ein klares Bekenntnis zu Qualität und Regionalität war das Motto dieser Generalversammlung des Landesverbandes für bäuerliche Direktvermarkter NÖ.

Aktuelle Themen standen im Mittelpunkt wie: Abbau des bürokratischen Aufwandes durch Kombination mit den notwendigen Qualitätskontrollen – die Aktionspreise von Handelsketten – der Erhalt von Bauernmärkten, Kellergassen-, Wein- und Mostfesten. In einer einstimmig gefassten Resolution wurden die Forderungen bezüglich Bauernmärkte, Brauchtumsfeste, Registrierkassenpflicht und Lebensmittelkennzeichnung niedergeschrieben.

Soweit so gut. Jeder Konsument der beim Direktvermarkter einkauft, kennt diesen, weiß um die Qualität der Produkte und meistens auch über deren Herstellung Bescheid. Viele Direktvermarkter sind aber richtig angefahren über den stetig ansteigenden bürokratischen Aufwand und den Einfallreichtum, immer neue finanzielle Belastungen zu „erfinden“. Da werden Aufzeichnungen für ein Dutzend verschiedene Kontrollstellen vorgeschrieben, von denen jede einzelne sich als die Wichtigste fühlt.

Gesetze werden von Politikern beschlossen. Die gesetzliche Berufsvertretung hat für ihren Bereich ein absolutes Begutachtungsrecht VOR der Abstimmung im Plenum. SIE, die Nationalräte, sind für deren Inhalt voll verantwortlich, ganz ohne WENN und ABER.

Die Generalversammlung der Direktvermarkter NÖ beschließt also eine Resolution. Einstimmig, also auch mit der Stimme von Obmann Johann HÖFINGER, der aber nicht ganz zufällig auch ÖVP-BB Nationalrat ist. Wenn es dann im genannten Kammerartikel heißt „unsere Forderungen werden an die betroffenen Stellen und Entscheidungsträger weitergeleitet“, dann geht man wohl in der Annahme nicht fern, dass sich der Absender diese Resolution selber schickt. Wenn dies nicht ein Musterstück dafür ist wie man hart arbeitende, von Nöten geplagte Bäuerinnen und Bauern zum Narren hält, bäuerlich gesagt verarscht, dann muss der Herr Obmann diese Resolution im Nationalrat durchboxen.

JOSEF SCHMID

## „BLICK AN DER REALITÄT VORBEI“

So benennt Österreichs oberster Bauernvertreter NR Hermann SCHULTES „die Ängste und Warnungen vor dem Untergang von Europas Familienbetrieben“ in „Blick ins Land“ vom April 2016. Auch ein Blick an der Realität vorbei des Herrn Kammerpräsidenten, der sich offensichtlich weigert die Zahlen aus dem Grünen Bericht des Landwirtschaftsministeriums zur Kenntnis zu nehmen. Optimismus ist ja gut, aber er sollte nicht in Realitätsverweigerung ausarten, denn diese Ängste sind ja vollauf berechtigt. Ja die Gefahr ist sehr konkret, dass das Bauernsterben einen Turbo bekommt durch die Preiszusammenbrüche bei Milch, Schweinen, Obst und die Kostenbelastungen durch EW-Erhöhungen, Registrierkassenpflicht etc. – **„Österreichs Agrarbetriebe seien im Vergleich zu Ungarn, Frankreich oder Deutschland klein – und konnten trotzdem bestehen“**, ist eine mehr als kühne Behauptung, wenn 10.000e schon das Handtuch geworfen haben.

**„Ein endgültig vorliegendes Verhandlungsergebnis (TTIP) müsse nicht zwangsläufig negativ für die Landwirtschaft ausfallen“**, das stärkt so richtig das Vertrauen in die Verhandler. Und noch eine – für einen Bauernvertreter – bemerkenswerte Aussage macht SCHULTES mit: „Europa brauche gerade in einer aktuell schwierigen Wirtschaftsphase Handelspartner, weil aus der unmittelbaren Umgebung keine Impulse kommen“. TTIP und CETA sind nun aber keine Einbahn und die USA haben seit jeher ein hochpolitisches Interesse an Agrarexporten die auch ihre Machtstellung stärken. Die heimische Bauernschaft wurde zu oft getäuscht, belogen, das Vertrauen ist weg!

## „BRAUCHEN MARKTENTLASTUNG – SONST BAUERNSTERBEN“

Das betonte Obmann der BBK-Scheibbs, Anton KRENN, auf einer **gemeinsamen Pressekonferenz** auf der ALLE Fraktionen vertreten waren. Die NÖN Woche 11/2016 hat darüber und über vier FB/UBV-Anträge an die Vollversammlung ganzseitig berichtet, wobei völlig korrekt von dem „Fraktionsbündnis Freiheitliche Bauern und Unabhängiger Bauernverband“ geschrieben wurde. – Der Scheibbser Bezirk ist jener mit den drittmeisten Milchbauern in NÖ. 852 sind es noch, mit 12.528 Milch- und 5.017 Mutterkühen.

Wie überall macht der Milchpreisverfall den Bauern schwer zu schaffen. Nach der NÖM-AG (29,2 Cent netto) und der Gmundner Milch (27 Cent ohne Überlieferung), hat mit 1. März auch die Berglandmilch den Erzeugerpreis um 1,8 Cent auf 29,2 Cent abgesenkt. 70 % der Milchbauern im Bezirk liefern an sie. „Das ist eine Katastrophe, es muss etwas geschehen sonst ist ein massives Bauernsterben vorprogrammiert. **Unsere Vertreter in den Molkereien müssen hier entschieden dagegenwirken, nur stimmen sie bisher ganz im Sinne der Molkereien und nicht im Sinne der Bauern ab**“, so **UBV-BKR Peter OFFENBERGER**. Auch BBK-Obmann KRENN (BB) beklagt die prekäre Situation. „Viele unserer Betriebe zehren derzeit von der Substanz. Das geht nur über einen kurzen Zeitraum und solange man nichts investieren muss. **Wenn es nicht bald zu einer Marktentlastung kommt, droht ein Bauernsterben.**“

### Vier dringliche UBV-Anträge abgelehnt

Gemeinsam beschlossen wurde eine Resolution, die in vier Punkten: • Maßnahmen zur Marktentlastung • Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung • Sicherheit im Wald für alle und • KEIN Handelsabkommen TTIP beinhaltet. „Selbstverständlich sind in dieser Resolution auch die Schweinemäster einbezogen, denn ein Kilopreis von 1,11 Euro ist bei Weitem nicht kostendeckend“, so der BBK-Obmann.

**Die FB/UBV-Fraktion brachte vier Dringliche ein**, die alle den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden. „Die Anträge langten erst fünf Minuten vor zwölf ein, das war für eine ordentliche Vorbereitung zu knapp“, so Obmann KRENN. „Wir wurden einfach abgewürgt“, sagte Fraktions-sprecher Alois FRÖSCHL (UBV) enttäuscht. **In diesen vier dringlichen Anträgen ging es um:** Aufschiebung der neuen EW in die SV-Beiträge-Abhaltung einer Volksabstimmung zu TTIP – ein Hilfspaket für die rinderhaltenden Betriebe und Bürokratieabbau für Investitionen unter 100.000 Euro.

## OBERÖSTERREICH:

### EINE INTERESSANTE, LANGE VOLLVERSAMMLUNG

Das war eine durchaus interessante, von Besonderheiten gekennzeichnete und sehr lange dauernde Vollversammlung am 16. März. Das Mittagessen fand erst nach 16 Uhr statt, sieben Stunden nach deren Eröffnung. Insgesamt wurden von den einzelnen Fraktionen 15 Anträge eingebracht, für die leider wie immer keine entsprechende Zeit für Behandlung und Diskussion zur Verfügung stand. Dabei wäre es wichtig über das FÜR und WIDER dieser Anträge vertieft zu reden, anstatt mit knurrendem Magen auf Kürze zu drängen. Wie fast immer gab es auch diesmal wieder kaum verständliche Entscheidungen.

### Die sechs UBV-Anträge zusammengefasst

- » „Einsparung der Bezirksbauernkammer-Obmänner“ – von allen Parteifraktionen abgelehnt.
- » „Verzicht auf SVB-Beitragserhöhungen durch EW-Erhöhungen“, weil diese derzeit nicht erwirtschaftet werden können, zu Betriebsaufgaben führen und die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zusätzlich verschärfen. Beitragserhöhungen erst dann, wenn das Einkommensniveau von 2011 deutlich überschritten wird.“ – Von BB-Mehrheit abgelehnt.
- » „Angesichts der gegenwärtigen Lage der Bauernschaft wird gefordert, dass das Land OÖ wieder die Kosten für die verpflichtende Tierkennzeichnung übernimmt.“ – Mit BB-Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, dass das Grünlandprogramm gekürzt wurde.
- » „Wegen der katastrophalen Einkommenssituation durch vielfache Preiszusammenbrüche, werden Bund/Land aufgefordert den Zinsendienst für laufende Investitionskredite aktiver Bäuerinnen/Bauern, welche SVB-Beiträge bezahlen, zu übernehmen.“ – Von allen Parteifraktionen abgelehnt.
- » „Aufforderung an die Bundesregierung die versprochene Entschädigung entstandener finanzieller Schäden durch die Russlandsanktionen, abzugelten.“ – In die Resolution eingearbeitet. – Mit Mehrheit gegen die Stimmen von GRÜN und SPÖ-Bauern angenommen.

» „Forderung an die öö Landesregierung auf Wiedereinführung der Grünlandprämie.“ – Mit der Mehrheit von BB, SPÖ-Bauern und Grüne Bäuerinnen und Bauern abgelehnt.

## Einige spezielle Besonderheiten

Völlig verändert in seiner Wortwahl, berufliche Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit betonend, gab sich BB-KR Johannes HUEMER aus Vorchdorf, jener Jungbauernobmann, der am 12.1.2016 in einer einseitigen Pressemitteilung den sofortigen Rücktritt der gesamten 11-köpfigen Landesführung der öö Jungbauernschaft bekanntgab. Als Grund nannte man „Bruch von Zusagen und Vereinbarungen seitens BB-Landesobmann Max HIEGELSBERGER sowie der BB-Direktorin Maria SAUER“.

Eine weitere Besonderheit war der erstmalig gemeinsame Antrag von BB und UBV, über Vorschlag von Präsident ÖR REISECKER, betreffend „**die Verschiebung der Wirksamkeit neuer EW für die SVB-Beitragsverrechnung auf den 1. Jänner 2018**“. – Dieser Resolutionsantrag wurde von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

Wohlthuend war das Bemühen aller um mehr Sachlichkeit unter Rücknahme der verschiedensten Animositäten, was hoffentlich von Dauer ist.

## Zwei gleiche Anträge? NEIN!

Sowohl der UBV-Antrag als auch der gemeinsame von BB und UBV fordern anscheinend dasselbe, nämlich ein Hinausschieben neuer SVB-Beitragsvorschriften aufgrund der jüngsten Neufeststellung der Einheitswerte. Doch der Schein trügt, denn es geht um zwei völlig unterschiedliche Bezugspunkte.

Während der „gemeinsame Antrag“ davon ausgeht, dass rein organisatorisch die SVB nicht in der Lage sein wird die neuen Beiträge wie beschlossen zum 1.1.2017 zu errechnen (Verzögerungen in der Aussendung der EW und Einsprüche), **basiert der UBV-Antrag, den die BB-Mehrheit ablehnte, auf der Tatsache von vier Jahre aufeinanderfolgender Einkommensverluste**, und das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Denn prinzipiell orientieren sich die Sozialversicherungsbeiträge am Einkommen des/der Betroffenen.

## Sehr geschätzte Ortsbauernausschuss-Mitglieder

Von vielen Seiten wurde der Wunsch nach mehr Informationen per Mail sowie nach vorgefertigten Anträgen für die Ortsbauernausschüsse, an uns herangetragen. OA-Mitglieder die in Hinkunft Infos per Mail erhalten wollen, sollen bitte eine kurze Mail an „office@ubv.at“ senden, damit diese E-Mail-Adressen abgespeichert werden können. Mögliche Anträge für die OA-Ausschüsse werden künftig auf unserer Homepage „www.ubv.at“ zu finden sein. – Es besteht auch Interesse an Arbeitskreisen. Wer da mitarbeiten möchte, sendet einfach ein Mail mit den gewünschten Themen an „office@ubv.at“.

CHRISTINE GRÜNEIS – GF

**ACHTUNG RICHTIGSTELLUNG!!** Durch Übertragungsfehler falscher IBAN in UBZ 112/02/2016.

**RICHTIGE BANKVERBINDUNG: UBV/OÖ IBAN: AT92 2032 0321 0035 6455 BIC: ASPKAT2LXXX**

# BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband \_\_\_\_\_ bei.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Hausname: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_ Tel/Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Land- u. Forstw.

Einheitswert: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (UBZ) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 30,- Euro/Jahr).

*Bitte einsenden aus:* NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs  
OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Christine Grüneis, Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen  
Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen  
Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

WWW.UBV.AT

OFFICE@UBV.AT